

Antrag

der Fraktion DIE LINKE

Gemeinsam mit der brandenburgischen Wirtschaft Wiedereröffnungspläne erarbeiten

Der Landtag stellt fest:

Im Rahmen der Videoschaltkonferenz der Bundeskanzlerin mit den Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder am 10. Februar 2021 ist es erneut nicht gelungen, konkrete Pläne für den geordneten Wiedereinstieg in den vom Lockdown betroffenen Branchen vorzulegen. Besonders schwer wiegt die Tatsache, dass weiterhin keine Richtschnur erkennbar ist, wie und wann der Wirtschaft eine Perspektive zur Wiedereröffnung ermöglicht werden kann.

Dies hat zur Folge, dass die Bundes- und Landespolitik derzeit gleich auf mehreren Ebenen das Vertrauen der Wirtschaft stark erschüttert hat. Neben einem verbindlichen Wiederöffnungsfahrplan werden die angekündigten Wirtschaftshilfen nicht zeitnah ausgezahlt werden. Auch wenn die Antragstellung für die Überbrückungshilfe zwischenzeitlich möglich sein sollte, reichen die damit verbundenen Abschlagszahlungen bei Weitem nicht aus. Eine vollständige Auszahlung der Kompensationsleistungen wird jetzt gebraucht!

Genauso müssen auch endlich die Förderlücken geschlossen werden, zum Beispiel für neugegründete Betriebe, für Unternehmen, die 2019 aufgrund großer Investitionsleistungen weniger Umsatz erwirtschaftet haben oder für Personen, die auf den Unternehmerlohn angewiesen sind.

Der Landtag möge beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert,

1. unter Leitung des Ministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Energie einen Expertinnen- und Expertentisch einzuberufen, der gemeinsam mit den entsprechenden Branchenvertretern (IHK, HWK, DEHOGA, Einzelhandelsverband, Gewerkschaften usw.) eine Öffnungs- und Zukunftsperspektive bzw. konkrete Lösungen für die entsprechenden Branchen erarbeitet. Durch den Einbezug der jeweiligen Branchenexpertise soll den Unternehmen branchenübergreifend faire Chancen für das wirtschaftliche Eröffnungen ermöglichen werden, die diskriminierungsfrei und für alle Branchen und Unternehmen gleichermaßen gelten sollen, solange Abstandsregelungen und Hygienemaßnahmen verlässlich umsetzbar sind. Darüber hinaus soll im Rahmen der Arbeit des Expertinnen- und Expertentisches Maßnahmen erarbeitet werden, die gerade den Kleinstbetrieben im Bürokratiedschungel helfen, z.B. durch Ausweitung der Beratungsförderung und Vereinfachung von Hilfsprogrammen.

2. in Anlehnung an das angekündigte Landesförderprogramm „Neustarthilfe Berlin“ des Berliner Senats ein Landesförderprogramm „Neustarthilfe Brandenburg“ aufzulegen, welches gezielt Soloselbstständige und Kleinstunternehmerinnen und Kleinstunternehmer unterstützt und flankierend zu den Bundesförderprogrammen ausgezahlt werden soll.

Begründung:

Zu 1: Dass angesichts der unsicheren infektiologischen Lage weiterhin grundsätzlich Vorsicht geboten ist, stellt auch die Wirtschaft nicht in Frage. Keinem Unternehmen wäre geholfen, wenn die Inzidenzen in wenigen Wochen wieder explodieren und der nächste Lockdown droht. Auch deshalb hat im vergangenen Jahr ein Großteil von Unternehmen in Brandenburg erhebliche Investitionen getätigt, um anspruchsvolle Hygienekonzepte in den Betriebsablauf zu implementieren. Investiert wurde in Lüftungsanlagen, Trennwände und weitere Maßnahmen, um auch unter steigenden Infektionszahlen weiter wirtschaften und den Kunden eine sichere Umgebung bieten zu können. Trotz dieser Bemühungen der vergangenen Monate erteilt die Politik der Wirtschaft bei der Planung für einen konkreten Öffnungsplan abermals eine Absage.

Die Wirtschaft beweist seit einem Jahr, dass sie in der Lage ist, branchenspezifische Hygienekonzepte zu entwickeln und umzusetzen. Dieses Engagement bleibt in den Debatten um Wiederöffnungsszenarien derzeit unberücksichtigt. Die Politik muss die jeweilige Branchenexpertise gezielt einbinden und den Unternehmen faire Chancen für das wirtschaftliche Eröffnungen ermöglichen.

Bereits im vergangenen Oktober wurde seitens der Politik versprochen, dass es keinen erneuten Lockdown ohne Wiedereröffnungspläne geben würde. Die Einlösung dieses Versprechens ist nach wie offen.

Zu 2: Gerade die Soloselbstständigen und kleinen Unternehmen fallen bei den Bundesprogrammen oft durchs Förderraster, weil beispielsweise Lebenshaltungskosten nicht von den Hilfen abgedeckt werden. Mit Hilfe eines Zuschussprogramms nach dem Vorbild der geplanten "Neustarthilfe Berlin" sollen Unternehmen im Land Brandenburg mit bis zu fünf Mitarbeitern flankierend zu den Bundeshilfen unterstützt werden, um vor allem in der Zeit nach dem Lockdown wieder schnell hochfahren zu können. Die Berliner Wirtschaftssenatorin kündigte im Berliner Abgeordnetenhaus die Auflage eines Landesförderprogramm zur Unterstützung der Wirtschaft in Höhe von rd. 150 Mio. Euro an.